

Für eine starke linke Opposition im Gemeinderat und Europaparlament

Am 9. Juni sind zeitgleich Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und Wahlen fürs Europaparlament. Es droht ein Erstarken der AfD in Deutschland und anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa. Die immer neuen Erkenntnisse zu Plänen und Verstrickungen der AfD zeigen deutlich, welche Gefahr von rechts ausgeht. Die großen Demonstrationen mit über einer Millionen Teilnehmenden Anfang des Jahres haben aber auch gezeigt, dass die Mehrheit nichts von menschenfeindlicher und unsozialer Politik hält.

Warum DIE LINKE wählen?

Die Linke ist die einzige Partei, die nicht akzeptiert, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht. Wir fordern, dass die Vermögensmilliardäre und Einkommensmillionäre stark besteuert werden und ihre Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Mit Steuern von den Reichen und Superreichen müssen die dringend notwendigen Gelder für Bildung, Krankenhäuser, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die öffentliche Daseinsvorsorge besorgt werden. Wir sind die einzige Partei im Bundestag, die die Erhöhung der Rüstungsausgaben und das Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ der Bundeswehr ablehnt. Wir fordern Abrüstung. Wir lehnen Waffenexporte ab, weil sie Kriege befördern und eskalieren und noch mehr Menschen zur Flucht zwingen.

Armut bekämpfen

Nicht Arme dürfen bekämpft werden, sondern die Armut. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro, eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose von 1.200 Euro und eine gesetzliche Mindestrente von 1.200 Euro ab 65 Jahren. Wir kämpfen dagegen an, Geflüchtete zu Sündenböcken von Krisen und Miseren zu machen, die vom kapitalistischen Profitsystem verursacht werden. Unserer Meinung nach zeigt sich immer deutlicher dass der Kapitalismus ein zerstörerisches System ist:

Kriege, Klimakatastrophe, Umweltzerstörung, Ausbeutung, Armut, physisches und psychisches Elend. Deshalb wollen wir den Kapitalismus überwinden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die arbeitende Bevölkerung, die den gesellschaftlichen Reichtum produziert die Nutznießerin dieses Reichtums ist und nicht eine kleine Minderheit von Ausbeutern.

Linke Opposition gegen Nopper & Co stärken

Die Partei DIE LINKE hat in den letzten Jahren zusammen mit anderen Organisationen (SÖS, Piraten, Tierschutzpartei) im Stuttgarter Gemeinderat die Fraktionsgemeinschaft „Die FrAKTION“ gebildet. In Opposition zu den anderen Parteien hat sich die FrAKTION für die Umverteilung der städtischen Gelder weg von Groß- und Prestigeobjekten zugunsten von mehr Geldern für Kitas, Schulen, Pflege und Armutsbekämpfung eingesetzt.

Stuttgart-Zulage gegen Personalmangel

Gegen den großen Personalmangel in den Kitas und städtischen Ämtern hilft nur eine bessere Bezahlung der städtischen Beschäftigten und bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb hatte die FrAKTION beantragt, die Zulage für diese KollegInnen genauso zu erhöhen, wie die der Bürgermeister, nämlich um 470 Euro im Monat.

Das haben die anderen Fraktionen im Gemeinderat abgelehnt.

Gegen Wohnungsnot und Mietenwahnsinn

Es muss Schluss damit gemacht werden, dass Wohnungen, Häuser und Büros aus spekulativen Gründen leer stehen und gleichzeitig immer mehr Menschen wohnungs- oder sogar obdachlos sind. Die FrAKTION im Gemeinderat fordert immer wieder, dass die Stadt konsequent gegen den spekulativen Leerstand bei Wohnungen, Häusern und Büros vorgeht.



Am 9. Juni **Die Linke** wählen



Linke Mitglieder sind führend aktiv in den Stuttgarter Mieterinitiativen und haben einen Mietnotruf (☎ 0174 / 5681049) eingerichtet. Anstatt die Profite der Immobilienunternehmen mit dem Verkauf von städtischen Grundstücken und Subventionen zu bedienen, muss die Stadt auf ihren eigenen Grundstücken nach dem Vorbild des Wiener Gemeindebaus selber preisgünstige und gute Wohnungen bauen.

Die städtische Wohnungsgesellschaft SWSG darf nicht länger auf Profitmacherei sein, sondern muss rein gemeinnützig. Wir fordern, dass die Mieten der SWSG nicht weiter erhöht, sondern gesenkt werden und der Service für die MieterInnen verbessert wird. Es ist ein Alleinstellungsmerkmal der FrAKTION, dass sie im Gemeinderat und auch in den Bezirksbeiräten die Geschäftspolitik der städtischen Wohnungsgesellschaft SWSG kritisiert und gegen jede Mieterhöhung gestimmt hat.

Sprachrohr der sozialen Bewegung im Gemeinderat

DIE LINKE ist Teil der sozialen Bewegungen. Denn entscheidend für eine Veränderung ist letztlich der außerparlamentarische Druck. Und die sozialen Bewegungen haben nur in der Fraktionsgemeinschaft FrAKTION ein Sprachrohr im Gemeinderat, egal ob es um Stuttgart 21, die Kitastrophe, Tarifikämpfe der von ver.di organisierten städtischen Beschäftigten, um die Klimabewegung oder Proteste gegen Rassismus und staatlicher Repression geht.

Ortsverband Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster vor Ort aktiv

DIE LINKE ist die einzige Partei, die in Bad Cannstatt auch außerhalb von Wahlkämpfen regelmäßig einmal im Monat mit einem Infostand in der Cannstatter Marktstraße präsent ist. Wir kämpfen dagegen an, dass im Hallschlag und anderswo bezahlbare Wohnungen mit guter Bausubstanz für teure Wohnungen abgerissen werden und so immer mehr Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen aus der Stadt vertrieben und dass viele für das Klima relevante Bäume und Sträucher vernichtet werden. Wir beteiligen uns weiter an den Montagsdemos gegen Stuttgart 21 und sehen uns durch das abzeichnende Desaster in unserem Widerstand bestätigt. Wenn die AfD ihre Hetze im Kursaal verbreiten will, sind wir bei jedem Protest dabei.

Das Jahr 2023 war geprägt von Streiks bei Post, Bahn, Kommune, Einzelhandel und SSB. Wir haben diese Streiks mit Solidaritätsadressen und Beteiligung bei

Streikposten und Streikkundgebungen unterstützt. Außerdem haben wir im letzten Jahr gegen die untragbaren Streckensperrungen der Bahn zwischen Bad Cannstatt und Waiblingen protestiert.

Den Bau des Nord-Ost-Rings lehnen wir ab und haben durch mehrere Radtouren entlang der geplanten Trasse den zerstörerischen Charakter dieser autobahnähnlichen Straße offen gelegt. Den Großbrand auf dem Recyclinghof Anfang August 2023 im ehemaligen Lausterareal haben wir zum Anlass genommen, um unsere Ablehnung der denkmalgeschützten Industriehallen des ehemaligen Laustersteinbruchs als Müllumschlagplatz öffentlich zu machen und ein öffentliches demokratisch kontrolliertes Recyclingsystem zu fordern.

Wir waren die einzige Partei, die den Erhalt des Kaufhofs in Bad Cannstatt gefordert hat und gegen den Abriss des Gebäudes war. Wir lehnen die Bebauung des Gebietes Schafhaus (17 ha) in Mühlhausen mit teuren Wohnungen und zusätzlichen Straßen ab und fordern stattdessen, dass die Wohnungsnot als erstes mit der Nutzung von leerstehenden Häusern und der Umnutzung von leerstehenden Büros und zweitens mit der Bebauung bereits



Tausende Wohnungen und Häuser in Stuttgart stehen leer wie z. B. König-Karl-Straße 22

versiegelten Flächen (Parkplätze, Aufstockung von bereits bestehenden Gebäuden) bekämpft wird. Unsere Vertreter bringen unsere Positionen in den Bezirksbeiräten Bad Cannstatt, Mühlhausen und Münster ein.

Nein zum Abriss/Neubau der Schleyerhalle

OB Nopper und die Mehrheit im Gemeinderat wollen die gerade mal 40 Jahre alte Schleyerhalle abreißen und neu bauen. Das soll 612 Millionen Euro kosten. Am Ende wird es wahrscheinlich doppelt so teuer. Wir machen dagegen und sagen: „Nein zum Abrisswahn!“

Am 9. Juni

Die Linke

wählen



Unsere Gemeinderatskandidatinnen und Kandidaten aus dem Ortsverband



Simon Hübner
Listenplatz 5



Ursel Beck
Listenplatz 8



Malte Decker
Listenplatz 22



Tjark Kamprath
Listenplatz 24



Ronald Borkowski
Listenplatz 32



Reiner Hofmann
Listenplatz 40



Jutta Kaltenecker
Listenplatz 54

Werde aktiv mit uns – schau doch mal rein:

Wie das Chaos im Straßen- und Schienenverkehr beenden?

Mittwoch 15. Mai
um 19.00 Uhr
Marktstr. 61a

Politisches Frühstück mit Spitzenkandidatin Johanna Tiarks und unsere KandidatInnen

Sonntag 26.5.
von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Commons Kitchen, Schwabenbräu-Passage, Bahnhofstr. 18

Wie weiter nach den Kommunalwahlen?

Donnerstag 20.6.
um 19.00 Uhr
Marktstr. 61a

**Wählen reicht nicht. Werdet aktiv mit uns. Werdet Mitglied bei DIE LINKE.
Meldet euch bei uns: Mail ov.cannstatt@die-linke-stuttgart.de**

Gebt uns bei der Europawahl Eure Stimme

Mehr als jede*r Fünfte in der Europäischen Union ist von Armut bedroht, das sind über 140 Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 18 Jahren zählt dazu. Das sind fast 18 Millionen Kinder in Not. Auch in Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Mehr als 100 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor, in prekärer Beschäftigung und sind trotz und mit Arbeit arm. Der europäische Binnenmarkt erleichtert es, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und mit Verlagerung in Länder mit niedrigen Löhnen oder Sozialstandards zu drohen (und die Drohung umzusetzen).

Es ist in der EU Normalität geworden, dass Menschen mehr als 40% ihres Einkommens für Wohnen ausgeben, und die Immobilienkonzerne ihre Profite extrem erhöhen. Der Euro hat die Spaltung in den ökonomisch schwächeren Süden und den ökonomisch stärkeren Norden verschärft. Menschen in ärmeren Mitgliedsstaaten sterben im Schnitt fast zehn Jahre früher.

Militarisierung

Die Welt ist unübersichtlicher und gefährlicher geworden. Die Blockkonfrontation zwischen US und China bzw. Russland spitzt sich zu. Neue Handelskriege und ein gigantischer Rüstungswettlauf sind die Folge. Die EU rüstet sich im Bündnis mit den USA und der NATO seit Jahren auf und liefert Waffen an Diktaturen. Allein in den letzten Jahren wurden die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten von 235 Milliarden im Jahr 2015 auf 310 Milliarden Euro im Jahr 2022 erhöht.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erklärt, dass „wir“ in eine „Ära der regionaler Rivalitäten und großer Mächte“ eintreten. Deswegen möchte sie die EU zu einem Player im globalen Kampf um Hegemonie aufbauen. Damit steht sie stellvertretend für die Orientierung von Regierenden und führenden Kapitalfraktionen in der EU auf wirtschaftliche und militärische Konfrontation.

Europäische Konzerne gehören zu den weltweit größten Verursachern von CO2. Energiekonzerne erzielen Milliardengewinne, während die Mehrheit unter hohen Energiepreisen leidet. Konzerne wie Total, Shell und RWE haben im Zuge des Ukraine-Kriegs durch enorme Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Gleichzeitig haben viele Regierungen in der EU die Steuern für Vermögen und Gewinne von Unternehmen abgesenkt – auch in Deutschland. Die Konzerne suchen immer nach Wegen,

ihre Steuern nicht zu zahlen: allein durch Steuerflucht gehen den EU-Staaten jährlich rund 46 Milliarden Euro verloren. Zusätzlich gehen weitere 90+ Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren, weil Gewinne und Vermögen in Steueroasen „geparkt“ werden.

EU schafft Fluchtursachen

Die EU ist mit ihrer neokolonialen Ausbeutung, ihren Billigexporten, ihren hohen CO2-Emissionen und Waffenverkäufen in unterentwickelte Länder und Krisengebiete maßgeblich dafür verantwortlich, dass immer mehr Menschen ihr Land verlassen müssen, um ihr Leben zu retten. Es ist dann geradezu zynisch, wenn die Opfer dieser Politik nicht aufgenommen werden, sondern zu Tausenden im Mittelmeer oder an den Grenzen sterben. Seit 2014 sind fast 30.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) hat das Asylrecht de facto abgeschafft. Geflüchtete und ihre Kinder werden brutalen Push backs ausgesetzt und werden jenseits der EU-Außengrenzen in Haftlagern eingesperrt.

EU ist undemokratisch

Die Machtausübung in der EU erfolgt durch nicht gewählte Institutionen wie die EU-Kommission, die Troika, die Eurogruppe und nicht zu vergessen die EZB. Das Europäische Parlament hat keine Gesetzgebungsvollmacht und keine eigenständige Kontrolle über den Haushalt der EU. Es ist nur das demokratische Mäntelchen für eine durch und durch strukturell undemokratische EU.

Die Erpressung gegen die SYRIZA-geführte Regierung 2015 in Griechenland hat deutlich gemacht, dass innerhalb der EU keine gewählte linke Regierung das neoliberale Diktat der Institutionen der EU brechen und grundlegende Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung umsetzen kann. Die EU hat die ökonomischen und finanziellen Machtmittel in der Hand, das zu verhindern.

Die EU ist neoliberal, undemokratisch und militaristisch. Die EU ist die EU der Banken und Konzerne, aber: Millionen sind stärker als Millionäre. Wir brauchen eine Revolution der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden und demokratisch im Interesse von Mensch und Umwelt verwaltet und kontrolliert werden.

Eine andere Welt ist möglich. Eine sozialistische Demokratie ist nötig.

Kämpft mit uns dafür.



**Ortsverband
Bad Cannstatt
Mühlhausen
Münster**

Kontakt ov.cannstatt@die-linkestuttgart.de
Facebook DIE LINKE Stuttgart Bad Cannstatt Mühlhausen Münster
V.i.S.d.P Ursel Beck, c/o DIE LINKE,
Falkertstr. 58, 70176 Stuttgart

